

05.05



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Ehrenamt: Mehr Qualifizierung nötig
Tierärzte warnen vor Billig-Lebensmitteln
Bildungsdekade: Ausgezeichnete Praxisprojekte
Feinstaub: Poker um Verantwortlichkeiten

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 11 (2005), Heft 05

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Deborah Bernsdorf (db)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 15. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Sex und Gender im Natur- und Umweltschutz

Liebe Leserinnen und Leser,

ein zentrales Arbeitsfeld der Natur- und Umweltschutzverbände sind die Einstellungen und Verhaltenweisen der Menschen. Wir wollen sie davon überzeugen, dass Abfallvermeidung wichtig ist, dass Energiesparen und umweltbewusster Konsum unseren "ökologischen Fußabdruck" verkleinern, dass Bioladen-Gemüse gesünder ist - und vieles mehr. Dabei entstehen Fragen: Wie erreichen wir, dass auch einkommenschwächere Familien im Bioladen einkaufen können? Fahren manche nur deshalb kein Auto, weil sie es sich nicht leisten können?

Umwelt- und Naturschutz ist nur erfolgreich, wenn wir uns die Menschen und ihr Lebensumfeld genau anschauen, um sie "dort abzuholen, wo sie sich befinden". Nur: Wo befinden sie sich? Und haben Umweltprobleme eigentlich die gleichen Auswirkungen auf alle Lebensweisen und Schichten? Wer übernimmt im Haushalt welche Aufgaben und wer trifft welche Entscheidungen in der Politik? Und was hat beides miteinander zu tun?

Unsere Gesellschaften und damit auch unsere Lebensweisen verändern sich fortwährend: Die bis in die 1960er Jahre typischen gesellschaftlichen Lebensformen - lebenslange Ehe und Kleinfamilie, getrennte Arbeiter- und Bürgerschicht, relativ strenge Aufteilung der Geschlechterrollen - befinden sich in Auflösung. Auch die Umweltprobleme verändern sich.

Was will "Gender Greenstreaming"?

Das DNR-Projekt "Gender Greenstreaming - Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz" hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Geschlechterverhältnisse und ihren Einfluss auf die Arbeit in Naturschutz- und Umweltverbänden unter die Lupe zu nehmen und in ihrer Bedeutung kritisch zu hinterfragen.

Seit Anfang des Jahres arbeiten wir gemeinsam mit interessierten Verbänden an Pilotprojekten und Aktivitäten, um den "Gewinn" der Geschlechterperspektive für die Arbeit im Natur- und Umweltschutz sichtbar zu machen und einen "Gender-Mainstreaming-Prozess" in diesen Verbänden in Gang zu bringen, also Chancengleichheit für Männer und Frauen in allen Konzepten und Maßnahmen zu ge-

währleisten. Dazu bedarf es einer Sensibilisierung für Geschlechterbezüge.

Geschlechterverhältnisse und Ökologie

Geschlechtsspezifische Unterschiede gibt es zum Beispiel bei der Bereitschaft zu umweltbewusstem Verhalten (Frauen im Durchschnitt mehr, Männer weniger), Umwelt-Faktenwissen (Männer haben mehr, Frauen weniger) und Umweltproblembewusstsein (Frauen mehr, Männer weniger).

Auch die Umsetzung politischer Instrumente für Natur- und Umweltschutz kann unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen haben. Dabei geht es nur bedingt um das biologische Geschlecht (engl. "sex"), sondern hauptsächlich um die soziale Rolle, die die Geschlechter einnehmen (engl. "gender"). So ist beispielsweise das Spülen von Verpackungen tendenziell eher eine "weibliche" Arbeit. Das Einkaufen schwerer Mehrweggetränkekisten am Samstag - möglicherweise mit dem Auto - dürfte dagegen eher "Männer-Arbeit" sein.

Das biologische Geschlecht hat beispielsweise eine Bedeutung für die Klärung von unterschiedlichen Belastungsgrenzen, wenn es um politische Entscheidungen beim Immissionschutz geht. So wäre der Gesundheitsschutz für stillende Mütter bedeutend strenger auszulegen als für den „Modell-Grenzwert-Mann“ (35 Jahre, mittelgroß, mittelschwer).

Naturschutz- und Umweltschutzmaßnahmen sind also nicht geschlechtsneutral. Damit die verschiedenen Standpunkte berücksichtigt werden können, ist aber nicht nur das Bewusstsein für Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch eine paritätische Besetzung von Gremien und Ämtern entscheidend.

Kriterium bei der Verbändeförderung

Auch in den Fragekatalogen von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt zur Verbändeförderung wird die Gender-Relevanz abgefragt. Geschlechtergerechtigkeit wird damit zum Kriterium für die Vergabe von Finanzmitteln.

Weil Gender-Wissen genauso ein fachliches Wissen ist wie Artenkenntnis, Beschlagenheit in Ökotoxikologie oder eine Ausbildung zum EU-Umweltrecht, ist es mitunter nicht so einfach, im eigenen Verband oder Projekt Bezüge zu Geschlech-

tergerechtigkeit herzustellen. Vielfach gibt es auch noch keine Forscherkenntnisse, die jedermann oder jederfrau zugänglich wären.

Hier setzt der Aktionsmonat des Gender-Greenstreaming-Teams an: Wir wollen Hilfestellung leisten bei der Aufgabe, "Gender in die Förderanträge" zu bekommen. Lesen Sie hierzu den Beitrag auf Seite 5.

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen gemeinsam daran zu arbeiten, die Natur- und Umweltschutzarbeit nachhaltig geschlechtersensibel zu gestalten!

Viel Vergnügen bei der Lektüre des Deutschlandrundbriefes wünschen

Anja Thiem, Juliane Grüning, Marion Mayer, Christine Katz
Gender-Greenstreaming-Projekt des DNR

2 Impressum

3 Editorial

- Sex und Gender im Natur- und Umweltschutz

5 Verbände, Umweltbewegung

- Studie: Ehrenamt braucht mehr Qualifizierung
- Föderalismusreform: Neuer Anlauf
- Geschlechtersensible Förderanträge
- Kurswechsel im Welthandel gefordert

8 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Billigpreise unterlaufen Tierschutz
- Giftiges Obst weiter im Handel
- Pestizid-Absatzdaten transparenter
- Kurzmeldungen

10 Chemie, Emissionen

- Kritik an Umweltbericht der Bayer AG
- Gen-Schäden durch Mobilfunk belegt
- Luftqualitätsdaten online

11 Energie, Klima

- Energieeinsparungsgesetz: Entwurf
- Infokampagne Erneuerbare Energien

12 Gentechnik

- Künast soll für Gentechnik-Gesetz streiten
- Studie: Gentechnik kein Jobmotor
- Importstopp für illegalen Gen-Mais
- Gen-Pflanzen gefährden Biodiversität

14 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik

- Tag der Regionen: 2. Bundestreffen
- Bauplanungsverfahren für Öko-Audit
- Beste Jugend-Umweltreporter gekürt

16 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Länder setzen Bundesnaturschutzgesetz nicht um
- Moore schwinden für Torf-Gartenerde
- Mahd gefährdet Wildtiere: Kampagne

18 Umweltbildung

- Bildungsdekade präsentiert Praxisprojekte - drei Beispiele
- Unterrichtsmaterialien Tropenwald
- UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung"

20 Verkehr, Tourismus

- Feinstaub: Verantwortlichkeits-Poker
- Verbände: Lkw-Maut weiterentwickeln
- Autokonzerne gegen saubere Autos

22 Wasser, Meere

- Elbe-Badetag 2005
- Wasserrahmenrichtlinie: Fernstudium

23 Service

- Termine, Umweltsendungen, Informationsquellen, Inhalt EU-Rundschreiben

Das Ehrenamt braucht mehr Qualifizierung

NABU-Studie zur Steigerung des freiwilligen Engagements

Die Qualifizierung für das Ehrenamt hat eine Schlüsselrolle bei der Aktivierung neuer Freiwilliger. Das ist das wichtigste Ergebnis einer Analyse zur Entwicklung von Instrumenten zur Steigerung des ehrenamtlichen Engagements im Naturschutz, die der NABU in Kooperation mit dem Bundesamt für Naturschutz und der Agentur Naturschutz-Consulting durchgeführt hat. Mehr als 600 von NABU-, BUND- und anderen Naturschutzgruppen ausgefüllte Fragebögen wurden ausgewertet. Vor allem mit einer bedarfsgerechten Aus- und Weiterbildung könnte nach Erkenntnis der Autoren die Zahl der Engagierten wesentlich gesteigert werden.

Ein Sechstel mehr Freiwillige durch "Anerkennungskultur"

Der Studie zu Folge engagieren sich insgesamt rund 600.000 Freiwillige im Umwelt-, Natur- und Tierschutz. Ausgehend von diesen Zahlen prognostizieren die Autoren dem Engagement im Naturschutz ein Wachstumspotenzial von über 16 Prozent. Ein latentes Aktivpotenzial, vor allem Jugendliche, Frauen, mittlere Altersgruppen und Senior/innen, warte darauf angesprochen zu werden.

Entscheidende Ansatzpunkte zur Steigerung des ehrenamtlichen Engagements sind neben dem

- Weiterbildungsangebot
- eine ehrenamtsfreundliche Organisationsentwicklung,
- eine moderne Anerkennungskultur,
- bessere Werbung sowie
- regionale Koordinationsstellen für Naturschutzverbände.

Der Stellenwert einer systematischen Qualifizierung wird dadurch untermauert, dass 80 Prozent der befragten Ehrenamtlichen die Weiterbildung für wichtig halten.

Bedarfs-Liste: Projektmanagement, Mitgliederaktivierung, Artenschutz

Bedarf besteht laut Befragung im Aufgabengebiet "Vorstandsarbeit und Vereinsorganisation" beispielsweise für Projektmanagement, Fundraising oder Teamarbeit.

Mitgliederaktivierung und -bindung sowie Präsentation in der Öffentlichkeit führen

die Themenliste im Bereich "Kommunikation, Marketing, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit" an.

Bei den "Fachaufgaben im Natur- und Umweltschutz" stehen Biotopkartierungen und Artenerfassung an erster Stelle der gewünschten Qualifizierungsmaßnahmen.

Aktive brauchen Orientierungshilfe auf dem Markt der Möglichkeiten

Das Problem für die Ehrenamtlichen ist nicht ein Mangel an Veranstaltungen und Materialien zur Qualifizierung. Im Gegenteil: Es gibt laut Studie einen Überfluss an Angeboten, viele auch bei Naturschutzakademien. Auf diesem "Markt der Möglichkeiten" benötigen die Ehrenamtlichen die Unterstützung der Verbände.

Mehrstufiges Qualifizierungsmodell entwickelt

Davon ausgehend entwickelten die Verfasser ein Qualifizierungsmodell für Ehrenamtliche in Naturschutzverbänden. Dabei sollen die "politischen Ehrenämter", die mehr "freizeitorientierten Ehrenämter" und die "Ehrenämter im Vereinsmanagement" gleichermaßen berücksichtigt werden.

Oberste Zielgruppe nach diesem Modell sind die hoch engagierten Funktionsträger in den Orts-, Kreis- und Fachgruppen sowie deren Nachwuchs. Bei diesen geht es weniger darum, das Engagement zu steigern als vielmehr ein "Burn-out" zu verhindern. Zweite wichtige Zielgruppe sind die potenziell Aktiven, die bereits Mitglied eines Verbandes sind, sowie engagementbereite Bürger/innen.

Zu einem effektiven Qualifizierungsprogramm gehören Schnupperangebote und Einsteigerseminare ebenso wie eine Fach- und Führungskräfteausbildung. Außerdem sollte es eine Ausbildung von Ausbildern, von Ehrenamtsberatern und Freiwilligen-Koordinatoren geben.

Ein solches Qualifizierungssystem hat strategische Bedeutung für die Förderung des Ehrenamtes und für die Organisationsentwicklung jedes einzelnen Verbandes. Die Autoren appellieren daher an die Naturschutzverbände, sich dieser Herausforderung zu stellen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

NABU-Akademie, Projektleiter Ralf Schulte, Gut Sunder, 29308 Winsen/Aller
Tel. 05056 / 970112
eMail: ralf.schulte@nabu-akademie.de
www.nabu-akademie.de/FuE

Naturschutz Consulting, Günter Mitlacher, Kleine Heeg 2, 53359 Rheinbach
Tel. 02226 / 17866
mobil: 0172 / 6453537
eMail: mitlacher-consulting@t-online.de

Studie: Günter Mitlacher, Ralf Schulte, "Steigerung des ehrenamtlichen Engagements in Naturschutzverbänden", Bonn 2005, 150 S., kostenlos; Hrsg./Bezug: Bundesamt für Naturschutz (BfN), Konstantinstr. 110, 53179 Bonn, Tel. 0228 / 8491-196, Fax -200, eMail: kilpm@bfn.de, Internet-Download (geplant): www.bfn.de/09/090203.htm#recht

Neuer Anlauf bei der Föderalismusreform

DNR für eine umfassende Bundeskompetenz im Umweltrecht

Vor der geplanten Fortsetzung der Gespräche zur Föderalismusreform hat der DNR erneut für die Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Umwelt-, Naturschutz- und Wasserrecht plädiert. In einem Schreiben an die Kommission Modernisierung bundesstaatlicher Ordnung (KoMBO) im April erläuterte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen die Position des Dachverbandes zu einzelnen strittigen Punkten für ein künftiges Umweltrecht.

Abweichungsrechte der Länder abgelehnt

Der DNR sprach sich gegen Abweichungsrechte der Länder aus, wie sie ein Vorschlag in der KoMBO vorsieht. Darin sind lediglich die Kernelemente eines künftigen Umweltgesetzbuches wie z.B. der Artenschutz oder der Meeresnaturschutz von dem Abweichungsrecht der Länder ausgenommen. Das geht dem DNR nicht weit genug. Allein der Gebietsschutz von überregionaler Bedeutung werde dem naturschutzrechtlichen Gedanken gerecht. Das Umweltgesetzbuch müsse um Ziele, Grundsätze, Umweltbeobachtung und Verbandsklagerecht ergänzt werden.

Auch das Wasserhaushaltsgesetz braucht aus Sicht des DNR Ergänzungen. So sollten Ziele und Grundsätze der Wasserwirtschaft ebenso aufgenommen werden wie Anforderungen an die Benutzung von Gewässern und Abgaben für die Einleitung von Abwässern.

Länderzuständigkeit für einzelne Naturschutzvorschriften vorgeschlagen

Bereits im vergangenen Jahr hatte der DNR auf die Problematik der Zersplitterung der Umweltgesetzgebung zwischen Bund und Ländern hingewiesen (DRB 03.04, S. 22). Diese stehe im Widerspruch zum modernen EU-Umweltrecht, das stimmige Regelungen "aus einem Guss" anstrebe. Außerdem kenne Naturschutz keine Landesgrenzen und erfordere daher bundeseinheitliche Konzepte.

Um eine klare Trennung der Verantwortlichkeiten zu erreichen, schlug der DNR die Übertragung bisheriger Bundeskompetenzen an die Länder vor, wie sie die Bundesregierung zuvor erwogen hatte.

Danach sollten einzelne Vorschriften des Naturschutzrechts, wie zur Landesplanung und zur Erholung in Natur und Landschaft, in die ausschließliche Zuständigkeit der Länder übergehen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Aktionsmonat "Gender in die Förderanträge"

DNR-Praxistipps für die Integration von Geschlechtergerechtigkeit

► Für die Mitgliedsverbände, die zur Zeit an Anträgen an das Bundesumweltministerium (BMU) oder das Umweltbundesamt (UBA) arbeiten, bietet das DNR-Projekt "Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz" individuelle Beratung an. In der laufenden Ausschreibung von BMU/UBA für die "Zuschüsse an Verbände und sonstige Vereinigungen zu Maßnahmen auf den Gebieten des Umwelt- und Naturschutzes" werden ausdrücklich Angaben zur Gender-Relevanz verlangt. Offizieller Antragsschluss ist der 22. Juli.

Verbände-Beratung zu Gender-sensiblen Methoden und Instrumenten

Das Team des DNR-Gender-Greenstreaming-Projekts will konkrete Hilfestellung geben, wie mit sozialen Geschlechterrollen (engl. "gender") in der thematischen Arbeit der Verbände umgegangen werden kann, und Beratung zu Gender-sensiblen Methoden und Instrumenten leisten. Die Mitarbeiterinnen bringen sozial-, umwelt-, kultur- und naturwissenschaftliche sowie pädagogische Kompetenzen in die Arbeit ein. (jg) ■

• Weitere Informationen

Projekt "Gender Greenstreaming - Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz", Universität Lüneburg, Institut für Umweltstrategien, Scharnhorststr. 1, 21335 Lüneburg
Tel. 04131 / 78-2967 (11-14 Uhr)
eMail: gendergreen@uni-lueneburg.de
www.dnr.de/dnr/projekte/projekt.php?id=13

Im Welthandel ist ein Kurswechsel nötig

Entwicklungsfragen ernst nehmen: Aktionen für globale Gerechtigkeit

Während der gesamten zweiten Aprilwoche forderten im Rahmen einer "Global Week of Action" in mehr als 80 Ländern Vertreter/innen der Zivilgesellschaft aus Nord und Süd einen Kurswechsel in der internationalen Handelspolitik. Hierzulande rief "Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne" zu einer "Aktionswoche für globale Gerechtigkeit" auf. Das Bündnis vereint 36 Organisationen aus dem entwicklungs- und umweltpolitischen, kirchlichen und menschenrechtlichen sowie gewerkschaftlichen Bereich. Die Aktionswoche wurde am 8. April mit einer Konferenz im Rheinischen Landesmuseum Bonn eröffnet.

Im Mittelpunkt der Kritik stand die Welthandelsorganisation (WTO) und deren Missachtung von Entwicklungsländer-Interessen. Denn obwohl 2001 bei der WTO-Konferenz in Doha ausdrücklich eine "Entwicklungsrunde" ausgerufen wurde, "sind Entwicklungsfragen bisher gar nicht ernst genommen worden", so Martin Khor, Direktor des Third World Network aus Malaysia. Er war einer der zahlreichen internationalen Gäste, die zur Konferenz kamen und mit den über 200 Teilnehmer/innen diskutierten, worum es bei der Festlegung von Regeln für den Welthandel gehen soll. Im Anschluss an die Konferenz zog eine Demonstration und öffentliche Aktion große Aufmerksamkeit auf sich und lockte viele Passant/innen zum Bonner Friedensplatz. Dort stellten Aktivist/innen mit Hilfe des Straßentheaters "WTOpoly" sehr einfallsreich die Spielregeln und Kräfteverhältnisse der WTO dar.

40.000 Postkarten für demokratischere Welthandelspolitik

Diesem Auftakt folgten bundesweit mehr als 70 Veranstaltungen und Aktionen, von einer Fachtagung in Köln über eine konsumkritische Stadtführung in München, einen Diskussionsabend in Bielefeld und einen Menschenrechtsparcours in Göttingen bis zu einem Lobbyspaziergang in Berlin. Dabei wurden fast 40.000 an Wirtschaftsminister Clement gerichtete Postkarten gesammelt, die die vier handelspolitischen Forderungen der Kampagne enthalten und an das Wirtschaftsministerium übergeben wurden. Die Forderungen richten sich auf eine Demokratisierung der Welt-

handelspolitik und weltweite Ernährungs-sicherung sowie gegen einen Ausverkauf der Wasserversorgung an Konzerne und Freihandel auf Kosten der Umwelt.

Fairplay durch Justitia

Abgeschlossen wurde die Aktionswoche mit einem "Festival für globale Gerechtigkeit" in Berlin, an dem mehrere tausend Menschen teilnahmen. Dort hatten Organisationen auf dem Markt der Möglichkeiten die Gelegenheit ihre Arbeit für einen gerechten Welthandel vorzustellen. Auf der Bühne gab es ein abwechslungsreiches Programm mit Bands und Interviews. Als Highlight des Tages führten Jugendliche dem Publikum ein "unfaireres Fußballspiel" vor, das sich an den geltenden Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) orientierte. Doch das Volk am Spielfeldrand forderte lautstark Gerechtigkeit und setzte eine neue Schiedsrichterin durch: Justitia, das Symbol der Welthandelskampagne.

Bis zur nächsten WTO-Ministerkonferenz im Dezember in Hongkong wird die Welthandelskampagne weiter am Ball bleiben, über Ungerechtigkeiten im Welthandel informieren, Menschen zum Protest mobilisieren und durch Lobbyarbeit Druck auf politische Entscheidungsträger/innen ausüben. ■

Gastautorinnen: Bettina Kroll, Nina Sachau, Kampagnenbüro "Gerechtigkeit jetzt!"

• Weitere Informationen

Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne, c/o Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3681010
Fax 0228 / 92399356
eMail: info@gerechtigkeit-jetzt.de
www.gerechtigkeit-jetzt.de

Lesenswert

Kreative öffentliche Aktionen mit Kunst und (neuen) Medien

Karnevalartige Demonstrationen, Lachparaden, Straßentheater, Aktionen mit Großpuppen, Street Art, Samba-Gruppen, Critical-Mass-Fahrradtouren - die Palette kreativer politischer Aktionen hat in den letzten Jahren auch in Deutschland an Farben und Formen gewonnen. Mit dem Aufkommen der neuen globalen Protestbewegungen werden alte Aktionsformen wiederentdeckt, vermischen sich, verändern sich in neuen Kontexten. Neue Aktionsformen entstehen aus dem Zusammentreffen mit Kunst und (neuen) Medien, entwickeln sich weiter in horizontalen Netzwerken. In dem Buch berichten Künstler/innen und Aktivist/innen über ihre Erfahrungen und geben Hinweise für all jene Gruppen aus NGOs, Jugendverbänden, Kirchengemeinden oder Selbsthilfeinitiativen, die auf kreative Art für ihr Anliegen Aufmerksamkeit schaffen wollen. (mb)

Marc Amann (Hrsg.): go.stop.act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests - Geschichten - Aktionen - Ideen, Frankfurt/M. 2005, 240 S., 18,- Euro, ISBN 3-931786-38-2, www.go-stop-act.de

Datenbank: Zivildienst-Einsatzstellen im Natur- und Umweltschutz

Seit einigen Jahren können Kriegsdienstverweigerer ihren Zivildienst auch in Bereichen des Natur- und Umweltschutzes leisten. Um ihnen die Suche nach einer geeigneten Stelle zu erleichtern, hat das Bundesamt für Naturschutz (BfN) eine Datenbank eingerichtet, in der rund 200 Dienststellen mehr als 600 Plätze anbieten. Durchsucht werden können diese nach Regionen, Organisationen oder Tätigkeitsfeldern. Informationen über das genaue Aufgabenfeld und die Anzahl der Plätze sind ebenso vorhanden wie Angaben über Unterkunft und Verpflegung. Die Datenbank wird regelmäßig aktualisiert. Einsatzstellen, die ihre Plätze ebenfalls über das Internet anbieten möchten, können sich beim BfN melden. (db)

BfN, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn, Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200, eMail: pbox-bfn@bfn.de, www.bfn.de/03/zivi



Tierärzte rufen zum Boykott von Billigst-Lebensmitteln auf

Ramsch-Angebote und mangelnde Information konterkarieren Tierschutz

Der Bundesverband Praktizierender Tierärzte hat die Aktion eines Einzelhandelskonzerns kritisiert, der im April mit dem Slogan "Wahnsinnspreise - Der Liter Milch zu 33 Cent" geworben hatte. Lebensmittel dürften nicht verramscht werden, denn sie seien mehr wert als billige Konsumgüter, sagte der Präsident des Verbandes Hans-Joachim Götz.

Besonders die Produktion von Lebensmitteln tierischen Ursprungs sei auf einen gerechten Preis angewiesen, um eine tierschutzgerechte Haltung der Nutztiere gewährleisten zu können. Das derzeitige Preisdumping verschweige, dass Billigpreise langfristig auf Kosten der Tiere und Landwirte gehe. Nach Ansicht des Tierärzteverbandes ist der Boykott von Billigstlebensmitteln die passende Antwort auf derartige Werbeaktionen.

Hoher Anteil "versteckter Zutaten" - meist aus nicht artgerechter Haltung

Die Tierschutzstiftung Vier Pfoten wies darauf hin, dass auch Fertiggerichte häufig tierische Erzeugnisse enthalten. Um niedrige Preise anbieten zu können, verwendet die Nahrungsmittelindustrie nach Angaben der Organisation dafür günstigste tierische Bestandteile. Auch dies gehe zu Lasten der Tiere. So gehörten Eier zu den versteckten Zutaten. Industriell verarbeitete Eiprodukte haben einen Anteil von gut 40 Prozent am Gesamtverbrauch von Eiern. Zu 95 Prozent stammen diese Eiprodukte aus Käfighaltung. Da die Hersteller nicht verpflichtet sind, Angaben über die Haltungform zu machen, können Verbraucher/innen sich nicht über die Herkunft der Eier informieren.

Kampagne für bessere Schweinhaltungsverordnung

Verbände wie der Deutsche Tierschutzbund setzen sich daher seit Jahren für ein Verbot der Käfighaltung von Legehennen ein. Mit der Kampagne "Macht Platz für Schweine" will der Verband jetzt Druck auf die Regierung ausüben, um eine bessere Schweinhaltungsverordnung zu erreichen. Der Entwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums liegt derzeit auf Eis, weil er im Bundesrat abgelehnt wurde. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesverband praktizierender Tierärzte, Frankfurt am Main
Tel. 069 / 669818-22, Fax -62
eMail:
bpt.kammler@tieraerzteverband.de
www.tieraerzteverband.de

Deutscher Tierschutzbund, Baum-
schulallee 15, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 60496-0, Fax -91
eMail: presse@tierschutzbund.de
www.tierschutzbund.de

Vier Pfoten - Stiftung für Tierschutz, Al-
tonaer Str. 57, 20357 Hamburg
Tel. 040 / 399249-0, Fax -99
eMail: office@vier-pfoten.de
www.vier-pfoten.de

Giftiges Obst weiter im Handel

Pestizidrückstände in 90 Prozent der Proben, Erdbeeren besonders belastet

Umwelt- und Verbraucherverbände haben vor dem Verzehr von Obst und Gemüse aus konventionellem Anbau gewarnt, das mit Pflanzenschutzmitteln belastet ist. Das Bundesamt für Verbraucherschutz- und Lebensmittelsicherheit (BVL) sowie das Greenpeace-EinkaufsNetz hatten bei Tests im März zahlreiche Grenzwertüberschreitungen festgestellt. Das meiste Gift fanden die Lebensmittelkontrolleure in Erdbeeren, die von sieben deutschen Lebensmittel-Ketten angeboten wurden. 93 Prozent der kontrollierten Proben enthielten Rückstände von Pestiziden. Besonders kritisch waren dabei Mehrfachbelastungen mit bis zu fünf Pflanzenschutzmitteln.

Nach dem jüngsten BVL-Bericht sank der Anteil von pestizidfreiem Obst und Gemüse in Deutschland zwischen 1998 und 2003 von 61 auf 41 Prozent. Wurden 1998 in vier Prozent der Proben die gesetzlichen Pestizidhöchstmengen überschritten, waren es 2003 fast neun Prozent. Damit wird laut Greenpeace "jedes zehnte Obst- und Gemüseprodukt in Deutschland illegal verkauft", da es den gesetzlichen Grenzwert überschreitet.

Verkaufsverbot und wirksame Kontrollen gefordert

Der Umweltverband Grüne Liga forderte Verbraucherschutzministerin Renate Künast und ihre Länderkollegen/innen auf, belastetes Obst und Gemüse sofort aus den Regalen entfernen zu lassen. Außerdem müsse endlich ein Kontrollsystem aufgebaut werden, das den Verkauf von belasteten Lebensmitteln wirksam verhindere. Ansonsten brächten Hersteller weiterhin belastetes Obst und Gemüse auf den Markt. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Bonn
Tel. 0228 / 6198-0
Bericht: www.bvl.bund.de/pflanzenschutz/Monitoring.htm

Greenpeace EinkaufsNetz, Hamburg
Tel. 040 / 30618-0
eMail: einkaufsnetz@greenpeace.de
www.einkaufsnetz.org/kampagnen/gift_im_essen

Pestizid-Absatzdaten für Deutschland transparenter

Kontrollinstrument für Umwelt- und Verbraucherschutz

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany) hat neue Daten zum Absatz von Pestizidwirkstoffen in Deutschland einsehen können. Der Zugang zu den Daten wurde möglich, weil das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) eine ausführlichere Veröffentlichung der Daten über gehandelte Pestizide ab diesem Jahr beschlossen hatte. Die Daten betreffen das Jahr 2003.

Damit besteht laut PAN erstmals die Möglichkeit, die Vermarktung von einzelnen Pestizid-Wirkstoffen untergliedert nach Mengengruppen nachzuvollziehen. Dadurch ist ein genauere Blick als bisher auf die Menge von gehandelten Pestiziden möglich. Außerdem sei besser nachvollziehbar, ob sich die Art und Menge der vermarkteten Pestizide zugunsten des Umwelt- und Verbraucherschutzes verbessert hätten. So könne auch die Wirkung des 2005 begonnenen "Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz" besser beobachtet werden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany), Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 39-91910-0, Fax -07520
eMail: info@pan-germany.org
www.pan-germany.org

Kurzmeldungen

DNR appelliert an Länder, Ökolandbau weiter zu fördern

Der DNR hat Anfang April die Landwirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen und Sachsen in Briefen aufgefordert, den Förderstopp für Neumsteller auf Öko-Landbau rückgängig zu machen. Die Länder hatten es zuvor abgelehnt, weitere Antragsverfahren zur Flächenförderung für künftige Biobauern zu eröffnen (DRB 04.05, S. 6). Der DNR betonte, das sei aus Sicht des Naturschutzes und vor dem Hintergrund stark wachsender Biomärkte nicht vertretbar. (mbu)

DNR, Bonn, Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: sekretariat@dnr.de, www.dnr.de

Vermarktungsstopp von illegal geschlagenem Holz per Gesetz

Umwelt- und Verbraucherverbände haben das Urwaldschutzgesetz des Bundesumweltministeriums gelobt. Das Gesetz soll den Besitz und die Vermarktung von Holz aus illegalen Einschlägen in Urwäldern zum Straftatbestand machen und damit einen Beitrag zum internationalen Urwaldschutz leisten. Zwei Drittel der in Deutschland verkauften Hölzer werden importiert, ein Großteil ist aus ökologischer Sicht problematisch. Vor allem in den Tropen werden die letzten Naturwaldgebiete vernichtet. Aber auch in Skandinavien, Russland und Nordamerika lassen Kahlschläge und Übernutzung die Waldfläche schrumpfen. Verbraucher/innen können durch den Kauf von Holzprodukten mit dem FSC-Nachhaltigkeitssiegel zum Schutz der Urwälder beitragen, empfiehlt die Verbraucher-Initiative. (mbu)

Verbraucher Initiative, Berlin, Tel. 030 / 5360733, eMail: mail@verbraucher.org;
www.bmu.de/naturschutz_biologische_vielfalt/urwaldschutzgesetz/kurzinfo/doc/35271.php
■

Lesenswert

Kritischer Agrarbericht 2005: Die neue Bauernbewegung gegen Gentechnik

Der Kritische Agrarbericht 2005 mit dem Schwerpunkt Agro-Gentechnik berichtet über die Schwierigkeiten, die das neue Gentechnik-Gesetz den Bauern macht: Der Anbau von Genpflanzen, so die Vorgabe aus Brüssel, muss grundsätzlich erlaubt werden, darf die gentechnikfreie Landwirtschaft aber nicht gefährden. Die Folgen, die das Gesetz für die Landwirtschaft hat, habe die Bauern wach gerüttelt, so der diesjährige Bericht. Im letzten Jahr sei "eine große, unabhängige agrarpolitische Bewegung entstanden, wie es sie seit Jahren nicht mehr gab". Bauern seien dabei die treibende Kraft. (mbu)

AgrarBündnis (Hrsg.): Der Kritische Agrarbericht 2005; Hintergrundberichte und Positionen zur Agrardebatte, AbL-Verlag, Hamm 2005, 305 S., 19,80 Euro; www.kritischer-agrarbericht.de

Ernährung: Natürliche Vitamine und Mineralstoffe statt Chemie

Die Ernährungswissenschaftlerin Andrea Flemmer zeigt in ihrer neuen Publikation, wie man durch eine ausgewogene Ernährung mit natürlichen Lebensmitteln einen Vitaminmangel verhindern kann. "Das Vitamin-Kochbuch" informiert darüber, in welchen Lebensmitteln man bestimmte Vitamine findet und in welcher Form man sie am besten zu sich nimmt. Über 100 Rezepte berücksichtigen, was wissenschaftlich über Vitamine bekannt ist. In ihrem kurz zuvor erschienenen "Mineralstoff-Kochbuch" erfahren die Leser/innen, wie sie den Mineralienhaushalt des Körpers ohne Tabletten und Pülverchen im Gleichgewicht halten können. So sind nach den Ausführungen der Autorin Eisenmangel bei Frauen oder stressbedingter Magnesiummangel kein Problem, wenn man ein paar Tricks beim Essen beherzigt. (mbu)

Andrea Flemmer: Das Vitaminkochbuch / Das Mineralstoff-Kochbuch, Verlag J. Neumann-Neudamm, Melsungen 2005, je 176 S., 19,95 Euro; ISBN: 3-7888-0831-4, 3-7888-0894-2
■

Kritik an Bayer-Nachhaltigkeitsbericht

CBG: Geringere Umweltbelastung nur mit dem Stellenabbau erklärbar

Der vom Chemiekonzern Bayer vorgelegte neue Nachhaltigkeitsbericht ist von der Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) stark kritisiert worden. Der Vorsatz des Konzerns, den Unternehmenswert nachhaltig steigern zu wollen, sei lediglich eine nachhaltige Gewinn-Maximierung im Interesse der Aktionär/innen. Weiter bemängelte die CBG, dass Bayer im gesellschaftlichen und sozialen Bereich zwar Engagement gezeigt habe, der massive Stellenabbau in den vergangenen Jahren aber nicht vertretbar sei und zudem nur so die geringere Umweltbelastung des Konzerns erklärt werden könne.

Auch der angebliche Schutz der Biodiversität sei so nicht darstellbar. Zwar engagiere sich der Konzern für die Bewahrung der Artenvielfalt, jedoch würden durch den Einsatz von Bayer-Pestiziden immer mehr Tiere, Pflanzen und Insekten in ihrem Bestand gefährdet.

Weiter kritisierte die CBG den Umgang des Konzerns mit der Gentechnik. Bayer könne weder ökologisch noch ökonomisch Sicherheit bieten. So sei beispielsweise zu wenig über toxikologische Wirkungen der grünen Gentechnik auf Mensch und Tier bekannt. Zudem könne die Weiterverbreitung gentechnisch veränderter Organismen und damit eine Verunreinigung anderer landwirtschaftlicher Flächen nicht verhindert werden. Insgesamt schneide der Nachhaltigkeits-Bericht schlecht ab und diene nur dazu, "die Bayer-Aktionär/innen zu beflügeln", so die Coordination. (db)

• Weitere Informationen

Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG), PF 150418, 40081 Düsseldorf
Tel. 0211 / 3339-11, Fax -40
eMail: cbgnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.de

EU-Studie belegt Gen-Schäden durch Mobilfunk

Höheres Krebsrisiko vermutet

Einer neuen EU-Studie zufolge können Handystrahlen zur Schädigung und Veränderung von Genen führen. Nach Aussage des Projektleiters Prof. Franz Adlkofer ist jedoch noch nicht klar, was dies für Auswirkungen auf den Menschen hat. Anhand der Ergebnisse könne die Industrie allerdings nicht länger behaupten, es seien keine Mechanismen der Schädigung durch elektromagnetische Felder bekannt. Richtig sei jedoch, dass die Versuche im Reagenzglas nicht auf den Menschen übertragbar sind.

"Telefonieren mit dem Handy auf das Nötigste beschränken"

Die Untersuchungen an verschiedenen Zelltypen von Menschen und Ratten ergaben, dass je nach Zelltyp und Dauer des elektromagnetischen Feldes, erhebliche DNA-Schäden auftreten können. Da die Zelle diese jedoch nicht jedes Mal repariert, werden die Veränderungen an die nächste Generation weitergegeben. Die Wissenschaftler vermuten, dass sich dadurch das Risiko einer Krebserkrankung erhöht. In einer österreichischen Querschnitts-Studie an Personen, die nahe einer Mobilfunk-Basisstation wohnten, wurden vermehrt körperliche Beschwerden wie Müdigkeit, Kopfschmerzen und Schwindelgefühl nachgewiesen. Bei einer anderen Studie in Spanien kamen weitere Beschwerden wie Übelkeit, Appetitverlust, Schlafstörungen und Depressionen dazu.

Weitere Forschung nötig

Dennoch besteht laut Adlkofer kein Grund zur Panik. Wer sich schützen wolle, könne eine Freisprech-Ausrüstung (Head-Set) verwenden oder das mobile Telefonieren auf das Nötigste beschränken. Die EU kündigte derweil eine Bestätigung der Forschungsergebnisse durch weitere Labore an. Aus Sicht der Wissenschaft können belastbare Ergebnisse zu den Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung auf den Menschen erst in vier bis fünf Jahren vorgelegt werden. (db) ■

• Weitere Informationen

Verum-Stiftung, Pettenkoferstraße 33,
80336 München
Tel. 089 / 530988-0, Fax -29
eMail: info@verum-foundation.de
www.verum-foundation.de

Luftqualitätsdaten online

Feinstaub, UV, Ozon: Aktuelle Werte für jede Stadt per Internet und Handy

Wer wissen will, wie stark die Feinstaubbelastung in seiner Stadt zur Zeit ist, kann t-info zu Rate ziehen. Im Internet und per Mobiltelefon gibt das Auskunftsportale der Deutschen Telekom die aktuellen Messwerte für Feinstaub sowie für UV-Strahlung und Ozon in der Luft bekannt. Auf der Internetseite www.t-info.de finden sich unter "Luftqualität" die Messwerte für Feinstaub und Ozon von fast jedem Ort in Deutschland. Wer diese Informationen unterwegs haben will, gibt www.t-zones.de in den Browser seines Handys ein und klickt auf der Startseite unter "Mehr" auf den Link "Reise & Verkehr". In der Rubrik "Wetter" erfährt man unter "Luftgüte" dann die aktuellen Umweltdaten. (mbu)

• Weitere Informationen

Luftqualitätsdaten deutscher Städte:
www.t-info.de ("Luftqualität")

Handy-Browser: www.t-zones.de
("Mehr" - "Reise & Verkehr" - "Wetter" - "Luftgüte")

Entwurf für neues Energieeinsparungsgesetz

Gebäude-Energieausweise und Planung alternativer Energiesysteme

Mitte April hat die Bundesregierung den Entwurf für ein neues Energieeinsparungsgesetz vorgelegt. Die Änderung wurde wegen der EU-Gebäuderichtlinie notwendig, nach der für Neubauten und bestehende Gebäude ab 2006 ein Energieausweis erstellt werden muss.

Die Mitgliedstaaten sollen laut den Brüsseler Rahmenvorgaben gewährleisten, dass der Einsatz alternativer Energieversorgungssysteme, z.B. der Kraft-Wärme-Kopplung oder erneuerbarer Energien, unter bestimmten Bedingungen schon vor Baubeginn berücksichtigt wird.

Nach Regierungsangaben sind zahlreiche Anforderungen der EU-Richtlinie bereits mit der Energieeinsparungsverordnung von 2001 erfüllt. Es fehlten aber Regelungen, die den Energieausweis für bestehende Gebäude ermöglichen, sowie Bestimmungen für energieeffiziente Klimaanlage und Beleuchtung.

BUND: Wirtschaftlichkeit darf nicht vor Klimaschutz gehen

Der BUND kritisierte hingegen, der Entwurf berücksichtige Teile der EU-Vorgaben nicht oder nur unzureichend. Darüber hinaus sei das "Wirtschaftlichkeitsgebot" nicht mehr zeitgemäß. Die Energieeinsparung im Gebäudebestand trage maßgeblich zur CO₂-Reduzierung bei, daher könne die Einsparung nicht allein von betriebswirtschaftlichen Erwägungen abhängig gemacht werden.

Der BUND forderte, der Gebäudeenergiepass müsse sowohl Energiebedarfs- als auch Energieverbrauchskennwerte enthalten, um optimale Informationen für die Käufer/innen oder Mieter/innen zu gewährleisten. (mbu, mb) ■

• Weitere Informationen

BUND, Sprecher BAK Energie
Werner Neumann
Tel. 06047 / 68139
eMail: werner.neumann@bund.net

BUND-Stellungnahme:
www.bund.net/lab/reddot2/pdf/energieeinsparung_0502.pdf

"Deutschland hat unendlich viel Energie"

Informationskampagne zu Erneuerbaren Energien gestartet

Unter dem Motto "Deutschland hat unendlich viel Energie" haben das Bundesumweltministerium (BMU) und die Regenerativenergie-Branche eine Informationskampagne gestartet. In einer "Essener Deklaration" vereinbarten Vertreter der Wind-, Sonnen-, Wasser-, Bioenergie- und Erdwärme-Branche zehn Ziele, um die Erneuerbaren Energien zu stärken.

In den letzten 15 Jahren hat sich laut BMU der Anteil erneuerbarer Quellen an der Energieerzeugung verdreifacht. Die Kosten seien im selben Zeitraum halbiert und jährlich Importe an Strom, Kohle, Gas und Öl im Wert von rund 3 Mrd. Euro eingespart worden. Mehr als 130.000 Arbeitsplätze seien rund um die erneuerbaren Energien entstanden.

Ehrgeizige Pläne: 500.000 Stellen und 20 % erneuerbare Energieversorgung

Der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) will bis 2020 mehr als 20 Prozent des bundesdeutschen Bedarfs an Strom, Wärme und Kraftstoffen decken und die Arbeitsplätze auf über 500.000 vervierfachen.

Bei Umfragen bekommen die neuen Energien gute Noten. Rund 75 Prozent der Deutschen finden sie "wichtig", ebenso viele können sich vorstellen, unter einem Solardach zu leben. Mehr als eine Million Menschen in Deutschland tun es bereits. Dennoch fehle es an Wissen und Unterstützung aus der Bevölkerung, beklagten die Branchenvertreter. Das ist der Grund für die Informationskampagne, die von der gesamten Erneuerbaren-Branche getragen und mit rund 400.000 Euro aus dem Umwelt- und dem Verbraucherschutzministerium gefördert wird. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Informationskampagne für Erneuerbare Energien im Energieforum Berlin, Stralauer Platz 34, 10243 Berlin
Tel. 030 / 200535-3, Fax -51
www.unendlich-viel-energie.de

Lesenswert

Die Wende zum nachhaltigen Energiesystem

Der Band "Zukunftsentnergien" gibt einen Überblick über wichtige Fragestellungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung und versucht gängige Mythen und Vorurteile aufzulösen. Die Energieversorgung der Zukunft werde zunehmend aus einem Mix von Energiequellen bestehen, so die Hauptthese des Autors. Der Anteil erneuerbarer Energien werde wachsen, weil erst das Öl, dann das Erdgas und dann die Kohle ausgehen. Das habe zur Folge, dass sich der Verbrauch der Verfügbarkeit anpassen muss. Stromkunden könnten dann etwa Verträge abschließen, nach denen Haushaltsgeräte wie Kühlschränke oder Waschmaschinen nur laufen, wenn genug Energie vorhanden ist. Als weitere Möglichkeit sieht der Autor, dass der Strompreis im Minutentakt nach Angebot und Nachfrage variiert. Sollte der bereits begonnene Übergang vom fossilen Zeitalter in das der erneuerbaren Energien gelingen, könne die Menschheit künftig im Einklang mit der Natur leben. (mbu)

Craig Morris: Zukunftsentnergien - Die Wende zum nachhaltigen Energiesystem, Verlag Heinz Heise, Hannover 2005, 190 S. 16,- Euro, ISBN 3-936931-26-7

■

Gentechnikgesetz: Künast soll standhalten

Umweltverbände, Imker und Bauern für härteren Kurs gegen Gentechnik

Der politische Streit über das Gentechnikrecht hat sich wieder verschärft. Umweltverbände, Imker und Landwirte forderten die rot-grüne Bundesregierung Anfang April auf, sich der Verwässerung des Gentechnikgesetzes durch die unionsdominierte Länderkammer zu widersetzen. Nachdem bereits der öffentliche Zugang zum Standortregister eingeschränkt wurde, drohe nun bei den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zum zweiten Teil des Gesetzes auch noch die Aushebelung der Haftungsregeln, warnen die Gentechnik-Gegner/innen.

Bauern und Bienezüchter erwarten außerdem finanzielle Einbußen durch den Einsatz von Gen-Saaten auf den Feldern. Die Landwirte befürchten, ohne Entschädigung auf der verunreinigten Ernte sitzen zu bleiben, wenn die Haftungsregeln verändert werden. Deshalb müsse es dabei bleiben, dass nur die Gentechnikproduzenten für die von ihnen verursachten Schäden einträten - nicht die Steuerzahler/innen oder die von Verunreinigungen betroffenen Bauern, hieß es beispielsweise beim BUND.

AbL: Industrie will Verunreinigung gentechnikfreier Felder

Der BUND, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und das Institut für Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen (IAW) haben unterdessen vor dem Anbau von Gen-Mais in Deutschland gewarnt. Der aktuelle Skandal um den Bt10-Mais (siehe folgende Seite) zeige, dass kein Verlass auf Äußerungen der Gentechnik-Konzerne sei. Diese genveränderte Sorte erzeugt eine Antibiotikumresistenz beim Menschen. Solche Pflanzen sind in der EU seit langem verboten, die Übergangsfristen sind selbst für genehmigte Produkte ausgelaufen.

Die AbL wirft der Gentechnik-Industrie sogar vor, sie betreibe absichtlich die Durchmischung gentechnikfreier mit gentechnisch veränderten Pflanzen. Eine friedliche Koexistenz von Gentechnikproduzenten auf der einen und Biobauern sowie traditionell wirtschaftenden Landwirten auf der anderen Seite ist aus Sicht der Gentechnik-Kritiker/innen ohnehin nicht möglich. Für die Kontamination ihrer Felder sorgen allein

schon die Bienen, erklärten die Imker. Der Flugbereich eines Bienenvolkes sei mindestens 30 Quadratkilometer groß.

Vor diesem Hintergrund plädiert die Initiative "Moratorium gegen Gen-Food" für einen Volksentscheid über eine Verlängerung des Gen-Moratoriums. Umfragen zufolge lehnen gut 70 Prozent der Verbraucher/innen in Europa gentechnisch veränderte Lebensmittel ab, in Deutschland sogar rund 80 Prozent. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Gentechnikreferentin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-456, Fax -449
eMail: heike.moldenhauer@bund.net
www.bund.net

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381-9053170, Fax -492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Initiative Moratorium gegen Gen-Food, J.-Dürse-Str. 25, 77955 Ettenheim
Tel. 07822 / 2664
eMail: gen-info-owner@ilpostino.jpberlin.de
www.gen-moratorium.de

"Der Jobmotor grüne Gentechnik ist ein Mythos"

Ökonomen bestreiten, dass Agro-Gentechnik Arbeitsplätze schafft

Eine von der EU in Auftrag gegebene Studie hat ergeben, dass die Einführung der Gentechnik in der Landwirtschaft mehr Arbeitsplätze vernichtet als dadurch neu geschaffen werden.

In der Auseinandersetzung zwischen Gentechnik-Befürwortern und -Gegnern werden immer wieder mögliche Beschäftigungseffekte in der Gentechnik-Industrie aufgeführt. Die Industrie konnte ihre Argumente aber nicht auf wissenschaftliche Analysen stützen, da es kaum welche gab.

2002 beauftragte die EU-Kommission daher das Maastricht Economic Research Institute, das Beschäftigungspotenzial der Agrar-Biotechnologie zu untersuchen. Die Forschungen ergaben, dass weltweit tendenziell Arbeitsplätze verloren gehen, da es der Agro-Gentechnikindustrie vorrangig um Produktivitätssteigerung gehe. Zwar könne die Grüne Gentechnik in Entwicklungsländern Arbeitsplätze schaffen und auch die Forschungsabteilungen von Gentechnik-Firmen könnten davon profitieren. Dieser Zuwachs könne den prognostizierten Jobverlust aber nicht ausgleichen, so die Maastrichter Wissenschaftler.

Nach Angaben des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) hat die Biobranche im vergangenen Jahrzehnt 75.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, während es in der Agro-Gentechnik nur wenige hundert gewesen seien. Das bestätigte auch das Forschungszentrum Nachhaltigkeit an der Universität Bremen: Da sich die Beschäftigung in der Großindustrie negativ entwickle, seien von der "grünen Gentechnik" keine positiven Arbeitsmarkteffekte zu erwarten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 728482-300, Fax -309
eMail: info@boelw.de
www.boelw.de

Importstopp für illegalen Genmais

Nach Bt10-Skandal de facto Lieferverbot für Futtermittel aus USA

Die Europäische Union hat in der Affäre um illegale Genmais-Lieferungen aus den USA praktisch einen Importstopp für Futtermittel erlassen. Der zuständige EU-Ausschuss entschied im April in Brüssel, Lieferungen nur noch in die EU zu lassen, wenn diese garantiert frei vom verbotenen Genmais Bt10 sind. Solange kein zugelassener Test zur Verfügung steht, der Bt10 von der konventionellen Sorte Bt11 unterscheiden kann, bedeutet das einen Importstopp für alle Bt11-Produkte.

Umwelt- und Verbraucherorganisationen lobten die Entscheidung. Die EU ziehe die notwendigen Konsequenzen angesichts der Verantwortungslosigkeit der Agro-Gentechnik-Industrie, hieß es beim Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Gleichzeitig kritisierte der Verband CDU und FDP, die zwar auch die illegalen Mais-Importe ablehnten, in Deutschland aber nicht zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen aus dem Versuchsanbau freigäben.

Aus für 3,5 Millionen Tonnen Futter

Seit 2001 gelangten verunreinigte Lieferungen nach Deutschland und in neun andere EU-Staaten. Bt10-Mais ist in der EU verboten. Von dem Einfuhrstopp betroffen sind rund 3,5 Millionen Tonnen so genanntes Maiskleberfutter im Wert von 350 Millionen Euro, die nach Angaben aus Brüssel jährlich in die EU geliefert werden. Die Importe gehen vor allem in die Niederlande, nach Großbritannien und Spanien; größere Mengen nehmen auch Deutschland, Irland und Portugal ab. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309,
eMail: info@boelw.de
www.boelw.de

Gen-Pflanzen bedrohen die Artenvielfalt

NABU-Studie zeigt negative Folgen der Gentechnik auf die Biodiversität

Nach Ansicht des NABU bestehen erhebliche Wissenslücken über die Folgen des Anbaus von Gen-Pflanzen für die Natur. Die Studie des Verbands zu "Agro-Gentechnik und Naturschutz" belege die negativen Folgen von großflächigen Gen-Äckern auf die biologische Vielfalt. Viele wild lebende und bedrohte Pflanzen und Tiere seien zum Überleben auf landwirtschaftlich genutzte Flächen angewiesen, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Laut der Studie wird dieser Lebensraum durch den kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen massiv gefährdet.

Die Zulassungspraxis auf EU-Ebene sowie den Umgang mit der Agro-Gentechnik bezeichnete Tschimpke als "höchst fragwürdig". Die Hersteller gentechnisch veränderter Organismen müssten vom Gesetzgeber zu mehr Transparenz verpflichtet werden. Umweltrelevante Daten und Forschungsergebnisse müssten öffentlich gemacht werden. Da es keine Risikoforschung gebe, beruhten Zulassungen und Bewertungen von Gen-Pflanzen derzeit "mehr auf vagen Schätzungen als auf gesicherten Kenntnissen".

Risikoforschung über alle relevanten genveränderten Pflanzen gefordert

Der NABU befürwortet daher Pläne des Bundesverbraucherministeriums, ein Forschungsprogramm zur Auswirkung von gentechnisch veränderten Pflanzen auf biologische Vielfalt und Naturhaushalt zu starten. Dieses dürfe jedoch nicht auf Gen-Mais beschränkt werden. Auch gentechnisch veränderte Bäume oder z.B. Gen-Raps würden in Zukunft einen "scharfen Eingriff" in die Natur verursachen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Steffi Ober, Referentin für Gentechnik und Naturschutz, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-25, Fax -84
eMail: steffi.ober@nabu.de
www.nabu.de/gentechnik

Tag der Regionen: Zweites Bundestreffen

Bundesverband der Regionalbewegung gegründet

Anfang April hat im fränkischen Feuchtwangen das zweite Bundestreffen des Aktionsbündnisses Tag der Regionen stattgefunden. Das Treffen war zugleich die erste Plattform des im März gegründeten Bundesverbandes der Regionalbewegung. Die Teilnehmer/innen betonten die Notwendigkeit einer starken Regionalbewegung und diskutierten Beispiele erfolgreicher Regionalinitiativen.

Aktionsbündnis will weiter für attraktives Lebensumfeld arbeiten

Der Vorsitzende des Bundesverbandes Heiner Sindel sagte, Hauptziel der Regionalbewegung sei die Suche nach Alternativen zu den Folgen der Globalisierung, wie Landverbrauch und sterbende Innenstädte. Der Bundesverband kann auf den sechsjährigen Erfahrungen, Kontakten und Netzwerkarbeiten des Aktionsbündnisses "Tag der Regionen" aufbauen und will dessen Initiativen fortsetzen. Die Regionalbewegung zeige, dass man der Globalisierung nicht ohnmächtig gegenüberstehen müsse, sagte ein Vertreter des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums auf dem Treffen. Jeder Einzelne könne zur Belebung regionaler Wirtschaftskreisläufe und damit zur Attraktivität seines unmittelbaren Lebensumfelds beitragen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Aktionsbündnis Tag der Regionen
Koordinationsbüro Nord:
Zur Specke 4, 34434 Borgentreich
Tel. 05643 / 94-8537, Fax -8803
Koordinationsbüro Süd:
Museumstr. 1, 91555 Feuchtwangen
Tel. 09852-1381, Fax -615291
eMail:
bund-nord@tag-der-regionen.de
bund-sued@tag-der-regionen.de
www.tag-der-regionen.de

Neues Bauplanungsverfahren soll Umwelt verbessern

ECOLUP hilft Kommunen bei der Umsetzung des EU-Öko-Audits

Mit dem Ecological Land Use Planning (ECOLUP) steht Kommunen jetzt ein Verfahren für die Bauleitplanung zur Verfügung, das die Umwelt weniger belastet und teilweise sogar verbessert. Laut EU-Öko-Audit-Verordnung müssen auch Dienstleistungen auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden - dazu zählt auch die Bauleitplanung. Hier setzt das neue Verfahren an.

ECOLUP legt die Strategie für kontinuierliche Verbesserungen in Schritten fest. Entwickelt wurde das Verfahren für einige Gemeinden am Bodensee, bei denen der Verkehr und die Versiegelung zunahm. Um dem entgegenzuwirken, wurde ein Koordinator bestimmt, der sich um die Umsetzung des Umweltmanagements kümmert.

Arbeitsschritte von der Erfassung des Status Quo bis zur Veröffentlichung

Erster Schritt ist die Analyse des Ist-Zustandes. Dafür sind in einem begleitenden Handbuch Checklisten für Umweltaspekte vorgegeben. Dabei spielt die Bürgerbeteiligung als nachprüfbar zu bewertender Faktor eine wichtige Rolle. Dann folgt die Bewertung der Daten nach einem Stärken-Schwächen- und Chancen-Gefahren-Schema. Schließlich wird die Rechtssicherheit im Umweltbereich überprüft. Das Audit wird der Öffentlichkeit in Form eines Umweltberichts präsentiert. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bodensee-Stiftung, Daniela Paas, Paradiesstr. 13, 78462 Konstanz
Tel. 07531 / 9098-0, Fax -77
eMail: info@ecolup.info
www.ecolup.de

"ECOLUP - Umweltmanagement für die kommunale Bauleitplanung", Broschüre mit CD, kostenlos; Hrsg./Bezug: Bodensee-Stiftung (s.o.)

Beste Jugend-Umweltreporter geehrt

Niedersächsische Schüler/innen berichteten über Öko-Aktivitäten

Die Preisverleihung für den Wettbewerb "Jugend-Umweltreporter Niedersachsen" fand im Februar in Osnabrück statt. Die Niedersächsische Auslandsgesellschaft hatte den Wettbewerb initiiert, der Schüler/innen ab der 8. Klasse die Chance gab, über die Umweltaktivitäten an ihren Schulen zu berichten und dabei sowohl das Berufsfeld Journalismus näher kennenzulernen als auch die Umweltideen ihrer Schulen nach außen zu tragen. 60 Beiträge von Zeitungsartikeln über Radiosendungen bis zu CD-ROM-Präsentationen gingen ein. Die Jury wählte einen Radiobeitrag über Pflanzenöl-Autos und einen Zeitungsartikel über die Schulhofgestaltung als Siegerbeiträge aus. Finanziell unterstützt wurde der Wettbewerb u. a. von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. (db) ■

• Weitere Informationen

Niedersächsische Auslandsgesellschaft,
Goethering 23-29, 49074 Osnabrück
Tel. 0541 / 3502-083, Fax -383
eMail: info@auslandsgesellschaft.net
www.jugend-umwelt-reporter.de

Lesenswert

Marktwirtschaftliche Umweltvorsorge schafft Arbeitsplätze

Die Verknüpfung von Grundregeln der Natur mit den Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft bringt zusätzliche Beschäftigung und erhält kommenden Generationen Spielräume für eigene Lebensentwürfe. So die Grundthese dieses Buches, in dem zwei Bundestagsabgeordnete der Unionsfraktion - ein Ökologe und ein Ökonom - ein gemeinsames Politikkonzept zum Brückenschlag zwischen Ökologie und Ökonomie vorlegen. Organisationsmuster der Natur werden als Orientierungshilfen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise vorgestellt. In Rückbesinnung auf die ordnungspolitischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft schlagen die Autoren detaillierte Maßnahmen vor, die Innovationen beim Energie- und Rohstoffeinsatz fördern, dadurch die wirtschaftliche Dynamik wieder anschieben und neue Arbeitsplätze schaffen sollen. Das Buch will die dazu notwendige konkrete Diskussion in Gang setzen. (mb)

Josef Göppel/Joachim Pfeiffer: Konjunktur durch Natur - Wege zu mehr Beschäftigung mit marktwirtschaftlicher Umweltvorsorge, R. Mankau Verlag, Murnau 2005, 86 S., 9,90 Euro, ISBN 3-9809565-8-X www.goepfel.de

Gesellschaftlicher Reichtum durch Re-Regionalisierung

Ein Forschungsprojekt in der Warburger Börde in Ostwestfalen hat herausgefunden, dass es dort trotz Globalisierung und industrieller Landwirtschaft viele regionale Austauschbeziehungen gibt. Haus- und Hofwirtschaft, das informelle Wirtschaften etwa durch Nachbarschaftshilfe sowie die kleinen bis mittleren handwerklichen Betriebe und Bauernhöfe nehmen eine wichtige Stellung ein und ermöglichen damit sowohl eine regionale Versorgung als auch soziale Beziehungen. Diese "Re-Regionalisierung" trägt nach Ansicht der Autorinnen dazu bei, der mangelnden Nachhaltigkeit der globalisierten Wirtschaft entgegenzuwirken und zeigt am Beispiel der Warburger Börde mögliche Anknüpfungspunkte für regionales Wirtschaften in der ländlichen Gesellschaft. (db)

Andrea Baier, Veronika Bennholdt-Thomson, Brigitte Holzer: Ohne Menschen kei-

ne Wirtschaft - Wie gesellschaftlicher Reichtum entsteht, Ökom Verlag, München 2005, 224 S., 19,- Euro, ISBN 3-936581-67-3



Bundesnaturschutzgesetz immer noch nicht umgesetzt

Alle bis auf drei Bundesländer ignorierten lange bekannten Termin

Der NABU hat das Versäumnis mehrerer Bundesländer, das Bundesnaturschutzgesetz in Landesrecht umzusetzen, scharf kritisiert. Obwohl der Termin für Anfang April angesetzt und seit mehr als drei Jahren bekannt war, haben 13 Länder "das Datum tatenlos verstreichen lassen".

Länder vernachlässigen Naturschutz - NABU fordert Geldstrafen

Nach Ansicht des NABU macht dies den geringen Stellenwert des Naturschutzes in den Bundesländern deutlich. Der Verband befürchtet zudem einen Abbau von Naturschutz, sollten die Länder durch die Föderalismusreform mehr Verantwortlichkeiten bekommen. Deutschland habe nun mit finanziellen Sanktionen durch die EU zu rechnen, für die die Bürger/innen aufkommen müssten. Aus diesem Grund fordert der NABU, Geldstrafen für die Missachtung von EU-Vorgaben direkt an die Länder weiterzuleiten. Nur so könne man die Länder dazu bringen, ihre rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. (db) ■

• Weitere Informationen

NABU, Referentin für Naturschutzrecht
Susanne Creutzig, Herbert-Rabius-Str.
26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-167, Fax -200
eMail: susanne.creutzig@nabu.de
www.nabu.de

Deutschland verliert seine Moore

Torf für Gartenerde kommt jetzt aus dem Baltikum - mit gleichen Folgen

Natürliche Moore sind im deutschen Landschaftsbild immer seltener zu finden. Nur noch einmal fünf Prozent der Hochmoorflächen Deutschlands befinden sich in ihrem ursprünglichen Zustand. Europaweit sind etwa 60 Prozent der Moore durch Entwässerung und Torfabbau verschwunden. Die Artenschutzorganisation WWF macht dafür hauptsächlich den Gartenbau verantwortlich. Mittlerweile wird für den europäischen Bedarf Torf aus dem Baltikum importiert. Dort gelten bisher noch keine strengen Naturschutzgesetze. Nach Ansicht des WWF kann einem weiteren massiven Abbau aber nur damit entgegen gewirkt werden.

Mit dem Verschwinden der Moorlandschaften verören auch viele Tiere und Pflanzen ihre natürliche Heimat und zählen mittlerweile zu den bedrohten Arten. Der WWF empfiehlt deshalb, beim Düngen Gartenkompost statt Torf zu benutzen. Pflanzenerde sollte ebenfalls torffrei sein. Viele Märkte böten Produkte beispielsweise aus Holzfasern, Rindenumus oder Tonmineralien an. (db) ■

• Weitere Informationen

WWF Deutschland, Rebstöcker Straße
55, 60326 Frankfurt a. M.
Tel. 069-791440, Fax -617221
eMail: info@wwf.de
www.wwf.de

Mahd gefährdet Wildtiere

Deutsche Wildtier-Stiftung startet Kampagne "Stoppt den Mähtod"

Bei der Mahd von Grünlandflächen werden jährlich mehr als eine halbe Million Wildtiere durch die Schneidmesser der Mähwerke und schwer verletzt oder getötet. Mit einer Kampagne "Stoppt den Mähtod" will die Deutsche Wildtier-Stiftung jetzt Agrar- und Umweltpolitiker auf dieses Thema aufmerksam machen und sich auf nationaler und EU-Ebene für eine wildtierfreundlichere Agrarpolitik einsetzen.

Grund für diese Bedrohung ist, dass Grünlandflächen durch schnell wachsende Grassorten, hohen Düngereinsatz und bessere Schnittmethoden immer früher und gründlicher gemäht werden. Nicht nur bestandsgefährdete Vogelarten wie Kiebitz oder Feldlerche kommen dabei laut Wildtier-Stiftung unter die Klingen, sondern auch junge Feldhasen und Rehkitzel. EU-Programmen, die ein naturschonendes Bewirtschaften landwirtschaftlicher Flächen fördern, drohen nun Kürzungen.

► Mit einer Protestkartenaktion wendet sich die Stiftung daher an Agrarministerin Renate Künast, die sich für eine Fortführung dieser Programme einsetzen soll.

"Wildretter" spüren Tiere auf

Hoffnung macht den Artenschützern die Erfindung von Geräten, die Wildtiere u. a. anhand von Infrarot- und Mikrowellensensoren aufspüren und zumindest größeren Tiere so das Leben retten können. Diese so genannten Wildretter befinden sich allerdings noch in der Erprobungsphase. Durch Aufklärungsarbeit und Einführung von Wildrettern will die Stiftung Landwirt/innen zu einer wildtierfreundlicheren Praxis bewegen. (db) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Wildtier Stiftung, Billbrookdeich 210, 22113 Hamburg
Tel. 040 / 733-39331, Fax -0278
eMail : info@dewist.de
www.deutschewildtierstiftung.de

Lesenswert

Landnutzung im Wandel: Chance oder Risiko für den Naturschutz?

In vielen Gebieten Deutschlands wird Landwirtschaft einseitig betrieben, was negative Auswirkungen auf die ökologische Vielfalt hat. Zurzeit kündigen sich jedoch strukturelle Veränderungen an, die Chancen, aber auch Risiken für den Naturschutz bringen können. Bei der 10. Internationalen Sommerakademie St. Marienthal im Juli 2004 haben Fachleute aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Organisationen darüber diskutiert, wie man Landnutzung und Naturschutz miteinander verbinden kann. Eine Zusammenfassung der Beiträge ist in der Schriftenreihe "Initiativen zum Umweltschutz" der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) veröffentlicht worden. Die Themen reichen von Finanzierungs- und Organisationsmodellen über die Perspektive von Biomassenutzung und Regionalentwicklung bis hin zu aktuellen Fallbeispielen verschiedener landwirtschaftlich genutzter Gebiete. (db)

Fritz Brickwedde, Uwe Fielhaas, Reinhard Stock, Volker Wachendörfer (Hrsg.): Landnutzung im Wandel - Chance oder Risiko für den Naturschutz?, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2005, 425 S., 38,- Euro, ISBN 3-503-08722-2

Chancen für alte und gefährdete Haustierrassen

Über die Chancen alter Haustierrassen als Kultur- und Wirtschaftsgut haben Fachleute von Naturschutzvereinen und der Gesellschaft zur Erhaltung alter Haustierrassen (GEH) auf einer Tagung diskutiert, bei der die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen (LNU-NRW) federführend war. Dabei ging es sowohl um die Entwicklung gemeinsamer Konzepte zur Erhaltung solcher Rassen als auch darum zu untersuchen wie in Zukunft Naturschutz und Heimatpflege miteinander verknüpft werden können. Die Ergebnisse sind als Seminarbericht zusammengefasst worden. Erfahrungen beim praktischen Einsatz solcher Tiere in der Landschaftspflege werden darin ebenso beschrieben wie konkrete Maßnahmen zur Erhaltung alter Schläge. Abgerundet wird die Publikation durch den kulturgeschichtlichen Auszug "Wie kam der Mensch zum Rind?". (db)

Alte und gefährdete Haustierrassen - Geschichte, Erhaltung und Einsatz in der Landschaftspflege, 108 S., Selbstkostenpreis, ISBN 3-00-014975-9; Hrsg./Bezug: LNU, Heinrich-Lübke-Str. 16, 59759 Arnsberg-Hüsten, Tel. 02932-4201, Fax -54491, eMail: lnu.nrw@t-online.de



Bildungsdekade präsentiert Praxisprojekte

UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" gewinnt Konturen

Beim UNESCO-Tag der Bildungsmesse in Stuttgart sind am 1. März insgesamt 62 Projekte als Beiträge zur UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" ausgezeichnet worden (DRB 12.04, S. 3). Das Dekade-Motto gewinnt durch die lokale Umsetzung schon gleich zu Beginn sichtbare Konturen. Die ausgezeichneten Bildungsprojekte machen zum Beispiel die Verknappung sauberen Trinkwassers hierzulande und in anderen Ländern auf spielerische Weise zum Thema, sie untersuchen gemeinsam mit Auszubildenden den Ressourcenverbrauch in Unternehmen oder entwickeln ein Netzwerk von Lernstationen in der Großstadt.

Was benötigt ein Projekt zur Auszeichnung?

Die UNESCO-Auszeichnung erhält, wer sich nicht nur auf die reine Umweltperspektive bezieht, sondern Aspekte aus Wirtschaft und globaler und sozialer Gerechtigkeit in seine Bildungskonzepte einbindet. Außerdem sollen Bildungsprozesse Gestaltungskompetenz fördern, zum Beispiel die Fähigkeit zum vorausschauenden Denken, die Fähigkeit zur Partizipation und zur Solidarität. Alle Projekte haben auch ein Handlungsfeld im Blick, das für nachhaltige Entwicklung von Bedeutung ist, und können einen Gewinn für die Nachhaltigkeit nachweisen.

Zugrunde liegen den Auszeichnungskriterien der Dekade-Projekte außerdem die Ziele des Nationalen Aktionsplans, der in einem Abstimmungsprozess mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung verfasst und Anfang des Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt wurde (DRB 04.05, S. 3). Ziele sind die Weiterentwicklung der Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Vernetzung der Akteure, die öffentliche Darstellung und die Intensivierung internationaler Kooperationen.

Die Auswahl nimmt eine Jury aus Mitgliedern des Nationalkomitees der deutschen UNESCO-Kommission vor. Ausgezeichnete Projekte erhalten das Recht, ein hierfür entwickeltes Dekade-Logo und eine Flagge zu verwenden. Mehr als ein Viertel der zum Beginn ausgezeichneten Projekte kommen aus Natur- und Umweltverbän-

den und Umweltzentren. Drei von ihnen stellen sich im folgenden vor.

Energie begreifen: artefact Powerpark, Glücksburg

"Energie begreifen" ist das Motto des artefact Powerparks in Glücksburg an der Ostsee. Auf dem Gelände des internationalen Zentrums befindet sich neben einem Tagungs- und Gästehaus, dem Expo-Pavillon und einem Naturerlebnisraum auch Deutschlands erster Energie-Erlebnispark. Dort können Fragen wie "welche Geräte verbrauchen den meisten Strom?" oder "Wie entsteht Wind aus Sonne und wie wird aus Wasser Energie gewonnen?" durch eigenes Erleben und Ausprobieren beantwortet werden. Dazu gehört auch, etwas über die Hintergründe des Klimawandels und fossiler Energien zu erfahren oder das Potential der erneuerbaren Energien kennenzulernen.

Das vor zehn Jahren gegründete Zentrum zieht jährlich mehrere zehntausend Besucher an und bietet neben internationalen Fachseminaren und Fortbildungen auch Besichtigungen und Projektstage zu globalem Lernen für Schulklassen und Jugendgruppen. Besonders Interessierte können sich zum Solarfachberater ausbilden lassen.

Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung: REBINA, Gifhorn

Unternehmen setzen immer häufiger Kenntnisse in Bereichen voraus, die den Nachhaltigkeitsgedanken fördern. Dazu zählen z. B. Umweltschutz, Arbeitssicherheit, Gesundheits-Prävention sowie der rationelle Einsatz von Material und Ressourcen. Das Regionale Bildungszentrum für Nachhaltigkeit (REBINA) nimmt diese Entwicklung auf und bietet Mitarbeiter/innen an, sich in diesen Bereichen aus- und weiterbilden zu lassen. Als Bildungsinitiative im Rahmen des Programms "Lernen der Regionen - Förderung von Netzwerken" des Bundesbildungsministeriums (BMBF) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) soll sie den Nachhaltigkeitsgedanken weiter tragen. Projektträger ist die Aktion Fischotterschutz in Hankensbüttel (Niedersachsen).

Durch erlebnisorientiertes Lernen werden den Teilnehmer/innen Schlüsselqualifikationen wie Verlässlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, vernetztes Denken, Kommunikations- und Teamfähigkeit vermittelt. Dafür sind Kursinhalte entwickelt

worden, die Lernstrategien wie Rollen- und Planspiele, Experimente oder Projektarbeiten mit außerbetrieblichen Lernorten verknüpfen. Dadurch soll den Auszubildenden der Nachhaltigkeitsbegriff nahe gebracht werden.

Praxisnahes Lernen: Ökologisches Schullandheim Licherode, Alheim

Im Ökologischen Schullandheim Licherode (Hessen) können Schüler/innen auf spielerische Weise etwas über Natur, ökologische Zusammenhänge und eigene Lebensgrundlagen lernen. Dabei werden die authentischen Strukturen der umliegenden Region einbezogen. Ziel ist es dabei andere Lebensentwürfe und Lebensstile kennen zu lernen. Die Themenbereiche Wasser, Wald, Regionalkultur sowie Landwirtschaft und Ernährung zählen zu den Schwerpunkten in den umweltpädagogischen Projektwochen. Außerdem werden in Kooperation mit dem Amt für Lehrerbildung praxisnahe Aus- und Fortbildungen angeboten. Bundesweite Pilotprojekte und Forschungsvorhaben wie die Ausbildung für Senioren zu "Umwelttrainern für Kinder" oder die Beratung von Ganztagschulen bei der Umstellung auf regionalökologische Kost ergänzen das Programm. (db) ■

Gastautorin: Annette Dieckmann, Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung

• Weitere Informationen

Annette Dieckmann, Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband (ANU), Philipp-August-Schleißner-Weg 2, 63452 Hanau
Tel. 06181-1804778, Fax -3049152
eMail: bundesverband@anu.de
www.umweltbildung.de

UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung", c/o Deutsche UNESCO-Kommission, Kirsten Rüter, Langwartweg 72, 53129 Bonn
Tel. 0228-4468439, Fax -2425708
eMail: ruether@esd.unesco.de
www.dekade.org

artefact gGmbH, Bremsbergallee 35, 24960 Glücksburg
Tel. 04631 / 6116-0, Fax -28
eMail: info@artefact.de
www.artefact.de

Aktion Fischotterschutz, Projektmanager REBINA Hans-Günter Bock, Otter-

Zentrum, Sudendorfallée 1, 29386
Hankensbüttel
Tel. 05832 / 9808-33, Fax -51
eMail: hg.bock@otterzentrum.de
www.otterzentrum.de/Projekte/REBINA

Ökologisches Schullandheim Licherode,
Zentrum für praxisnahe Umweltbildung,
Lindenstraße 14, 36211 Alheim
Tel. 05664 / 9486-0, Fax 40
eMail: oekonetz.licherode@t-online.de
www.oekonetz-licherode.de

Unterrichtsmaterial und Wettbewerb zum Tropenwald

Arbeitsbögen für Grund- und Oberschüler/innen

Mit den von der Tropenwaldstiftung OroVerde zusammengestellten Arbeitsbögen können sich Grund- und Oberschüler/innen selbständig Wissen zum Tropenwald aneignen. Die Materialien enthalten Informationen über die Artenvielfalt, Klimazonen und Tropenklima sowie über die dort lebenden Menschen. Waldbilder der unterschiedlichen Regenwaldtypen sowie geografische Grundlagen runden das Ganze ab. Anhand von Experimenten, Arbeitsblättern, Lesetexten und Materialsammlungen wird den Schüler/innen das Themenspektrum nahe gebracht. Die Beschäftigung mit dem Thema Regenwald soll auch auf die Gefährdung dieses Lebensraums aufmerksam machen und zeigen, wie man auch als Schüler/in etwas für den Regenwaldschutz tun kann. Die Unterrichtsmaterialien können im Internet kostenlos heruntergeladen werden. ●

Wettbewerb "Schüler schützen Tropenwald"

► Noch bis zum 30. Juli können Schüler/innen an einem Tropenwald-Wettbewerb teilnehmen und ihre Projektideen und -berichte bei OroVerde einreichen. Anhand der Projekte sollen die Jugendlichen zeigen, dass sie sich aktiv für den Schutz des Regenwaldes einsetzen - ob sie Regenwald-Pate werden, Unterschriften gegen Tropenhölzer im Baumarkt sammeln, eine Ausstellung organisieren oder eine Tropenwaldparty veranstalten. (db) ■

• Weitere Informationen

OroVerde - Die Tropenwaldstiftung,
Kaiserstr. 185, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 24290-14, Fax -15
eMail: bhesebeck@oroverde.de
www.oroverde.de

Unterrichtsmaterialien zum Download:
www.oroverde.de/pages/service/download.php

Kurzmeldungen

Graslöwen-Radio wieder auf Sendung

Mit neuen Folgen wieder auf Sendung ist das Graslöwen-Radio (DRB 12.04/01.05, S. 25). Jeden Sonntag von 13 bis 14 Uhr können Kinder auf dem Kindersender Radijojo etwas über Umwelt und Nachhaltigkeit erfahren. Ab Juli gibt es außerdem vier Sendungen für Erwachsene geben, die über Umweltthemen informieren. (db)

Graslöwen-Radio, Sendeplatz siehe S. 25;
www.grasloewe.de



Feinstaub: Poker um Verantwortlichkeiten

Umweltverbände kritisieren Bund, Länder, Städte und Industrie

Obwohl in mehreren deutschen Städten die Grenzwerte für Feinstaub bereits an mehr als den zulässigen 35 Tagen überschritten worden ist, fühlt sich offenbar niemand zum Handeln verpflichtet. Stattdessen schieben sich Vertreter/innen von Bund, Ländern, Kommunen und Industrie gegenseitig die Verantwortung für die Misere zu. Dies kritisierte der Verkehrsclub Deutschland (VCD). Der Verband forderte die Akteure aus Politik und Wirtschaft auf, endlich etwas zur Feinstaubreduzierung zu tun.

Die EU-Richtlinie zur Luftqualität wurde 1999 verabschiedet. Politiker/innen in Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Industrie hätten also sechs Jahre Zeit gehabt, wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub zu entwickeln und durchzusetzen, um die Menschen vor massiven Gesundheitsgefahren zu schützen, sagte der VCD-Bundesvorsitzende Michael Gehrmann.

Verkehrsminister: Lkw ohne Rußfilter sollen ab 2007 höhere Maut zahlen

Die Verkehrsministerkonferenz hat Anfang März die Förderung von Rußfiltern beschlossen. Lkw ohne Rußfilter sollen ab 2007 eine höhere Maut zahlen als umweltfreundliche Laster.

Der BUND rief Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen auf, die Filterförderung nicht länger zu blockieren. Der VCD appellierte an die Bundesregierung und Bundesländer, unverzüglich und verbindlich die Regelungen für die Förderung des Partikelfilters zu beschließen.

Als hilfreich bezeichneten die Umweltverbände auch weitere Maßnahmen wie die Einteilung von Fahrzeugen nach Schadstoffklassen sowie Verkehrszeichen für "Umweltzonen". Zufahrtsbeschränkungen für Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß in die Innenstädte könnten zwar kurzfristig helfen, die Feinstaubbelastung zu verringern, so der VCD, allerdings würde dies alles nicht ausreichen, um das Problem dauerhaft zu lösen.

Schienenbündnis: Verkehrswende statt Symptombekämpfung

Nach Auffassung der Allianz pro Schiene greifen die bisher diskutierten Maßnahmen viel zu kurz. Das Bündnis zur Förderung des umweltfreundlichen und sicheren Schienenverkehrs in Deutschland forderte stattdessen eine "echte Verkehrswende". Dazu gehöre eine massive Förderung des öffentlichen Nahverkehrs auf der Schiene. Viele Kommunen schränkten aber im Gegenteil ihre ÖPNV-Angebote ein. Angesichts der knappen Gelder sollten die Städte das Thema City-Maut enttabuisieren, so die Allianz. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Chausseestr. 84, 10115 Berlin
Tel. 030 / 275945-62, Fax -60
eMail: info@allianz-pro-schiene.de
www.allianz-pro-schiene.de

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-12, Fax -10
eMail: presse@vcd.org
www.vcd.org

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 999-51, Fax -57
eMail: info@duh.de
www.duh.de

Lkw-Maut: Für gerechtere Verkehrsinfrastrukturnutzung

Allianz fordert Schienen-Modernisierung mit Maut-Einnahmen

Nach den ersten hundert Tagen Lkw-Maut haben die in der Allianz pro Schiene zusammengeschlossenen Organisationen im April Bilanz gezogen. Aus Sicht der im Schienenbündnis vertretenen Umweltverbände BUND, NABU und VCD ist die Maut ein intelligentes verkehrspolitisches Instrument, um Lkw-Verkehr zu reduzieren und Güter auf die umweltfreundliche Schiene zu bringen. Die Allianz appellierte an die Politik, die Maut weiterzuentwickeln. In ihrer jetzigen Form sei die Lkw-Maut ein erster Schritt zu einer gerechteren Anlastung der Kosten für die Verkehrsinfrastruktur.

Maut soll für alle Lkw ab 3,5 Tonnen und für alle Straßen gelten

Die Einnahmen sollten jedoch dafür eingesetzt werden, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, so die Hauptforderung der Verbände. Die Gelder müssten dazu nicht nur in die Sanierung des Straßennetzes, sondern in die Modernisierung des Schienennetzes fließen. Außerdem müsse die Lkw-Maut auf alle Straßen ausgeweitet werden und für alle Lkw ab 3,5 Tonnen Gesamtgewicht gelten. Schließlich sollten die Gebühren schrittweise angehoben werden. Ziel ist nach dem Wunsch der Allianz pro Schiene das Schweizer Niveau.

Das Bündnis forderte Verkehrsminister Manfred Stolpe auf, sich im EU-Verkehrsmministerrat dafür stark zu machen, dass die Weiterentwicklung der deutschen Lkw-Maut durch die Neufassung der EU-Wegekostenrichtlinie ermöglicht wird. Mit einer entsprechenden Resolution hat die Allianz pro Schiene kürzlich die derzeit von Luxemburg ausgeübte EU-Ratspräsidentschaft angeschrieben. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Chausseestr. 84, 10115 Berlin
Tel. 030 / 275945-62, Fax -60
eMail: info@allianz-pro-schiene.de
www.allianz-pro-schiene.de

Kritik an Klage gegen US-Klimaschutzgesetz

Umweltverbände werfen deutschen Autokonzernen Heuchelei vor

Robin Wood, BUND, Germanwatch und weitere Umweltverbände haben die deutsche Automobilindustrie aufgefordert, ihre Klage gegen das neue Klimaschutzgesetz Kaliforniens zurückzuziehen. Ende 2004 hatte der US-Bundesstaat ein Gesetz verabschiedet, das Treibhausmissionen von neu zugelassenen Fahrzeugen ab 2009 begrenzen soll. Schrittweise sollen bis 2016 bis zu 30 Prozent Kohlendioxid eingespart werden. Es ist eines der schärfsten Klimagesetze in den USA und gilt als Vorbild für weitere Bundesstaaten. Gegen dieses Gesetz haben deutsche Autofirmen wie DaimlerChrysler, Porsche, BMW und Volkswagen Klage vor dem kalifornischen Staatsgerichtshof eingereicht. Die Autobauer sträuben sich dagegen, Fahrzeuge mit einem geringeren Kraftstoffverbrauch herzustellen.

Autobauer messen mit zweierlei Maß

Die Umweltverbände übten scharfe Kritik an diesem Verhalten. Dieselben Unternehmen hätten sich in Europa verpflichtet, bis 2008 bei Neuwagen den Spritverbrauch unter sechs Liter pro 100 Kilometer zu drücken. Zum Vergleich: Das kalifornische Gesetz schreibt ab 2009 knapp achteinhalb Liter vor, ab 2016 etwas über fünf Liter. Die Klage in Kalifornien mache deutlich, dass die Automobilindustrie in Deutschland ihre Selbstverpflichtung nicht ernst nehme, so der BUND. Es sei heuchlerisch, kritisierte Germanwatch, dass sich die deutsche Autoindustrie ein umweltfreundliches Image gebe, aber gegen Umweltgesetze vorgehe.

► Die Umweltverbände rufen dazu auf, die Vorstände der großen deutschen Autohersteller mit Briefen und eMails zum Zurückziehen der Klage aufzufordern. Robin Wood bietet dazu auf der Internetseite www.ausbremsen.de Briefvorschläge und eine entsprechende Online-Aktion an. ● (mbu, mb) ■

● Weitere Informationen

Robin Wood, Verkehrsreferentin
Monika Lege, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 380892-12, Fax -14
eMail: verkehr@robinwood.de
www.ausbremsen.de

Lesenswert

Feinstaub: Fragen und Antworten

Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Thema Feinstaub hat das Bundesumweltministerium (BMU) zusammengestellt und im Internet veröffentlicht. Interessierte Bürger/innen können sich über Hintergründe, Gesundheitsgefahren und mögliche Maßnahmen informieren. Auf der Internetseite finden sich auch weitere Informationen zum Thema sowie Links zu den aktuellen Messdaten des Umweltbundesamtes. (mbu)

Frische Luft für alle: Die Feinstaubdebatte
www.bmu.de/luftreinhaltung

■

Elbe-Badetag am 17. Juli

Veranstalter werben für saubere Flüsse

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), das Verlagshaus Gruner + Jahr sowie etliche Initiativen veranstalten am 17. Juli wieder einen Elbebadetag. Dieser soll die Bürger/innen über die Europäische Wasserrahmenrichtlinie und ihre Forderungen informieren und damit die Akzeptanz notwendiger Maßnahmen voranbringen.

Die Wasserqualität der Elbe hat sich deutlich verbessert. Dennoch tragen Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft wie auch industrielle Einleitungen immer noch viel zu einer Verschlechterung der Wasserqualität bei. Dazu kommt, dass Uferbefestigungen, Querbauwerke, Eindeichungen und andere künstliche Bauwerke die natürlichen Selbstreinigungskräfte des Flusses und seiner Nebengewässer behindern. (db) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Projektleiterin Agnes Sauter, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 999-51, Fax -17
eMail: sauter@duh.de
www.elbebadetag.de

Fernstudien-Kurs zur EU-Wasserrahmenrichtlinie

Weiterbildung für Anfänger und Fortgeschrittene

Zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU hat die Universität Koblenz-Landau einen berufsbegleitenden Fernstudienkurs eingerichtet. Dieser behandelt neben Monitoring-Konzepten und -methoden die abgeschlossenen Bestandsaufnahmen der Bundesländer, geht aber auch auf die Grundlagen der WRRL wie Ziele, Instrumente usw. sowie den bisher erreichten Umsetzungsstand ein. Damit wendet sich der Kurs nicht nur an Mitarbeiter/innen von Umweltbehörden, Planungsbüros oder Fachverbänden, sondern auch an jene, die sich mit diesem Thema zum ersten Mal auseinandersetzen. Online-Studium, Fern- und Präsenzstudium wechseln sich ab und gewähren den Teilnehmer/innen zeitliche Flexibilität und räumliche Unabhängigkeit bei der Erarbeitung der Lerninhalte. Anmeldungen werden noch bis zum 15. August entgegen genommen. (db) ■

• Weitere Informationen

Universität Koblenz-Landau, Zentrum für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung (ZFUW), PF 201602, 56016 Koblenz
Tel. 0261 / 287152-0, Fax -1
eMail: wrri@uni-koblenz.de
www.uni-koblenz.de/wrri

Lesenswert

EU-Wasserrahmenrichtlinie: Ergebnisse der Bestandsaufnahme 2004

Die Anfang des Jahres vom Bundesumweltministerium (BMU) herausgegebene Broschüre soll einen ersten Einblick darüber geben, ob Deutschland die Umweltziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie erreichen wird. Bei einer Bestandsaufnahme der Oberflächengewässer in den Bundesländern sind sowohl die Belastungen der Gewässer untersucht als auch die Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten auf den Gewässerzustand abgeschätzt worden. Fragen, welche Erfolge im Gewässerschutz bereits erzielt worden sind und wo in Zukunft die Schwerpunkte umweltpolitischen Handelns liegen, sollen mit Hilfe der Broschüre beantwortet werden. (db)

Die Wasserrahmenrichtlinie - Ergebnisse der Bestandsaufnahme 2004 in Deutschland, 68 Seiten, kostenlos; Hrsg./Bezug: BMU, Ref. ÖA, 11055 Berlin, Tel. 01888 / 305-0, Fax -2044, service@bmu.bund.de
www.bmu.de/gewaesserschutz

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

Mai

18.-20.5., Berlin

Umweltbildung - Erneuerbare Energien für Kinder und Jugendliche

Internat. Workshop; Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU), Meike Rathgeber
Tel. 030 / 428-49933, Fax -00485
meike.rathgeber@ufu.de
www.ufu.de

30.5.-7.6., Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Eberswalde, Nürnberg, Magdeburg, Dresden

Globale Sicherheit neu denken - Der Bericht "Zur Lage der Welt 2005"

Heinrich-Böll-Stiftung, Norberto Toruno
Tel. 030 / 28534243
toruno@boell.de
www.zurlagederwelt.de

Juni

1./2.6., Bonn

Waldwirtschaft und biologische Vielfalt - Praxiserfahrungen, neue Erkenntnisse und Konzepte

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), Christof Schwanitz
Tel. 0228 / 529-3467, Fax -4276
christof.schwanitz@bmvvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

2.-5.6., ab Bamberg

Exkursion zu Ökosiedlungen

Institut für Baubiologie Neubeuern (IBN)
Tel. 08035-2039, Fax -8164
institut@baubiologie.de
www.baubiologie.de

3.6., Dresden

Moore im Tief- und Hügelland

Deutsche Gesellschaft für Moor- und Torfkunde, NABU-Fachgruppe Ornithologie, Holger Oertel
info@fachtagung-marsdorf.de
www.fachtagung-marsdorf.de

3.6., Freiburg/Br.

Energiepolitik der Zukunft - und die Schatten der Vergangenheit

Öko-Institut Freiburg, Romy Klupsch
Tel. 0761-452 95-0, Fax -475437
eMail: event@oeko.de
www.oeko.de/jahrestagung

3.-5.6., Hamburg

McPlanet.com 2.0 -

Konsum, Globalisierung, Umwelt

Kongress; Attac, Frankfurt a. M.
Tel. 069 / 900281-10, Fax -99
info@attac.de
www.mcplanet.com

8./9.6., Schwäbisch Gmünd

Neue Entwicklungen bei der Messung und Beurteilung der Luftqualität

Kolloquium; VDI Wissensforum, Düsseldorf
Tel. 0211 / 6214-201, Fax -154
wissensforum@vdi.de
www.vdi.de/vdi/tsv/t_kongresse_details/index.php?ID=1000753

9.6., Taufkirchen (Bayern)

Mehr Natur in Stadt und Land

Tagung und Vernissage; VHS Taufkirchen
Tel. 089 / 614-5140, Fax -0450
info@vhs-taufkirchen.de
www.vhs-taufkirchen.de

11.6., Berlin und bundesweit

GEO-Tag der Artenvielfalt

GEO-Magazin, Tom Müller, Hamburg
Tel. 040 / 3703-2732, Fax -172732
mueller.tom@geo.de
www.geo.de/artenvielfalt

13.-17.6., Wiesenfelden (Niederbayern)

Bausteine für die Umweltbildung

Seminar; Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen
Tel. 09071 / 53-0, Fax -200
direktor@alp.dillingen.de
www.bn-bildungswerk.de

17.-19.6., Schwarzwald

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

18./19.6., Hamburg

Autofrei Wohnen

autofrei leben! e. V., Udo Schuldtt
Tel. 040 / 69640442
autofrei_leben@gmx.de
www.autofrei.de

19.6., bundesweit

Mobil ohne Auto (MoA)

UMKEHR e. V.
Tel. 030 / 49274-73, Fax -72
info@umkehr.de
www.mobilohneauto.de

20./21.6., Bonn-Königswinter

Weltmarkt für Bioenergie zwischen Klimaschutz und Entwicklungspolitik - eine NGO-Standpunktbestimmung

Tagung; Forum Umwelt & Entwicklung, Gerald Knauf, Bonn
Tel. 0228-359704, Fax -92399356
info@forumue.de
www.ee-netz.de

21.6., bundesweit

Autofreier Hochschultag

Aktionstag; Bundeskoordination Studentischer Ökologearbeit (BSÖ), Berlin
Tel. 030 / 20931-749, Fax -649
geschaeftsstelle@bsoe.info
www.mobilohneauto.de

24./25.6., Wiesenfelden (Niederbayern)

Einheimische Fische im Wasser, in der Literatur und im Kochtopf

Seminar; Bund Naturschutz Bildungswerk
Tel. 09966-1270, Fax -9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

Juli

17.7., Otterndorf/Grünstrand

2. Internationaler Elbe-Badetag

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Ines Wittig, Projektbüro Köthen (Sachsen-Anhalt)
Tel. 03496 / 21000-9, Fax -8
lebendigeelbe@duh.de
www.elbebadetag.de

21.-24.7., Erfurt

1. Sozialforum in Deutschland

Workshops, Seminare; Initiative für ein Sozialforum in Deutschland c/o Friedens- und Zukunftswerkstatt., Hugo Braun, Frankfurt/Main
Tel. 069 / 2424995-0, Fax -1
info@sozialforum2005.de
www.sozialforum2005.de

23.-31.7., Barby (Sachsen-Anhalt)

Internationales Elbe-Saale-Camp

Maria Nitschke, Ökozentrum und -institut Magdeburg (ÖZIM)
Tel. 0391 / 73-627981, Fax -15982
camp2005@elbe-saale-buendnis.net
www.netzwerk-flusslandschaften.de

August

7.-13.8., bei Mainz

12. Ökodorf-Festival

Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

September

21./22.9., Hamm/Westfalen

Nachhaltige Sportstättenentwicklung - Sanierung/Modernisierung, Finanzierung und Management von Sporthallen unter Umweltgesichtspunkten

Tagung; Westfälischer Turnerbund (WTB), Umweltausschuss
Tel. 02388 / 30000-0, Fax -99
wtb@wtb.de
www.wtb.de

21.-23.9., Dresden

Städtische Fluss-Sanierung - Methoden, Verfahren, Erfahrungen

Int. Konferenz; TU Dresden, Ines Gersdorf, Institut für Landschaftsarchitektur
Tel. 0351 / 4633-3453, Fax -7081
urbem@mailbox.tu-dresden.de
www.tu-dresden.de/
urban-rivers-conference

22.-25.9., Augsburg

Renexpo 2005 - Messe für Erneuerbare Energien

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.renexpo.de

23.-25.9., Schwarzwald

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

Oktober

2.10., bundesweit

Tag der Regionen

Aktionsbündnis "Tag der Regionen", Koordinationsbüro Süd: Museumstr. 1, 91555 Feuchtwangen
Tel. 09852-1381, Fax -615291
bund-sued@tag-der-regionen.de
Koordinationsbüro Nord: Zur Specke 4, 34434 Borgentreich
Tel. 05643 / 94-8537, Fax -8803
bund-nord@tag-der-regionen.de
www.tag-der-regionen.de

21.-23.10., Wetzlar (Hessen)

EnergieTage Hessen 2005 und Passivhaus Hessen 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.energetage.com

21.-24.10., Augsburg

IHE Holzenergie 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.holz-energie.de

28.-30.10., Hannover

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

28./29.10., Hamburg

Klima oder Entwicklung?

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Heike Kern
Tel. 040 / 428343-37, Fax -67
Kern@hwwa.de
www.hwwa.de

November

18.-20.11., Berlin

Moderner Lehmbau 2005

Internationale Fachtagung und Messe; Umwelt- und Unternehmensberatung GmbH (Umbra), Peter Steingass
Tel. 030 / 6162554-8, Fax -9
info@lehmbauforum.com
www.lehmbauforum.com

18.11.-20.11., Göttingen

Ein Netzwerk für botanischen

Naturschutz - neue Herausforderungen für die Botaniker/innen Deutschlands

AG Geobotanik Mecklenburg-Vorpommern, Christian Berg
Tel. 0381 / 4904111
cberg@t-online.de
www.geobotanikm-v.de

2006

10.-12.3., Böblingen

erneuerbare energien 2006

Messe, Kongress, Veranstaltungen; erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.erneuerbareenergien.com

30.5.-2.6., Bonn

28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Vom lokalen Handeln und globaler Verantwortung - 100 Jahre staatlicher Naturschutz

Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Land Nordrhein-Westfalen
DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
helga.inden-heinrich@dnr.de
www.bbn-online.de?id=43
www.dnr.de
(db) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Umwelt-Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Umweltsendungen muss man heute leider mit der Lupe suchen - hier ist die "Lupe". Viele Redaktionen bieten übrigens Vor- und Rückschauen, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

► Für Korrekturen an dieser Zusammenstellung ist die DRB-Redaktion dankbar.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: www.dnr.de/umweltinfo ("TV + Radio")

TV-Vorschau

"Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm"

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/kanal.php

Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

Fernsehsendungen

Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme
Sendungen: "Green Planet", "TierWelten", "Nature & Science" u.a.
www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

Magazin für modernes Leben
So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Umwelt- und Wissenschaftsmagazin
Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk
Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wiederholung Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

service: natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk (HR)
www.hr-online.de/servicenatur

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 10.55-11.20, ZDF
So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa)
www tivi.de/loewenzahn

Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt ("Archiv")

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wiederholung Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Graslöwen Radio

So 13.00-14.00 u. Mi 15.00-16.00, Radijojo!, Berlin 104,1
Berlin/Brandenburg/Sachsen:
Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de)
Internet (mit FlashPlugin 6):
www.radijojo.de/projekte.html
www.grasloewe.de
(mb, db) ■

Aktuelle Umwelt-Informationen per eMail

50 kostenlose Newsletter zu allen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten per eMail zu - in der Regel kostenlos. Das Spektrum reicht von allgemeinen Umwelteinformationsdiensten über gängige Themenbereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu "grüner" Beschaffung.

Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte, nach Themen geordnete Übersicht von über 40 solcher Dienste ist im Internet zugänglich. (mb)

www.dnr.de/umweltinfo
■

Umwelt-Diskussionsforen im Internet

Grünes Forum: 100 Themenkomplexe und 16 Bundesländer zur Auswahl

► Das "Grüne Forum" ist eine ökologische Diskussionsplattform im Internet. In dem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltthemen ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) und nach Bundesländern. (mb)

www.gruenes-forum.net
■

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur

Editorial

- EU-Kommission: Umwelt kein Thema

Global

- Welthandel: Aktionen für Kurswechsel
- OECD beziffert Klimafolgekosten

EU-Politik, Recht

- Forschungsprogramme 2007-2013
- Kritik an Dienstleistungsrichtlinie
- EU für starke globale Umweltregeln?
- Mehr Unternehmensverantwortung?
- Klagen gegen Mitgliedstaaten
- Deutschland umging UVP-Richtlinie
- EU-Bürger: Umwelt bleibt wichtig

Abfall, Produktpolitik

- Deponiemüll-Reduktion: Fortschritte?
- Keine EU-Biomüll-Richtlinie?
- Studie: Mehr MBA für Hausmüll
- Bergbau-Abfallwirtschaft kritisiert

Agrarpolitik, Gentechnik

- Direktbeihilfen: Kürzung noch 2005
- EU-Pestizid-Strategie in Arbeit
- Gentechnik in Bio-Werkstoffen
- Artenschwund durch Gen-Pflanzen
- Monsanto macht Bauern abhängig
- Genmais-Skandal erreicht Europa

Chemikalien, Emissionen

- Konsultation zum Pestizidgebrauch
- Ausnahmeregelung für Deca-BDE
- Zellschäden durch Mobilfunk
- Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen
- Feinstaub: Krankheitskosten steigen
- Kritik an erstem CARS21-Treffen

Energie, Klima

- Kompromiss zur Ökodesign-Richtlinie
- EU-Gipfel 22./23. März: Klimaschutzziele vereinbart
- Emissionshandel zeigt Wirkung
- Britischer Allokationsplan abgelehnt
- Mehr Atomkraft in Osteuropa
- Unterschriften-Kampagne gegen AKW

Naturschutz, Artenschutz

- Illegaler Holzeinschlag geht weiter
- Biodiversität: Monitoring mangelhaft
- Alpenkonvention: Neue Schwerpunkte
- UN-Ökosystembewertung alarmierend
- Osteuropas Wälder: Starke Schäden

Verkehr, Tourismus

- Lkw-Lenkzeiten: Keine Einigung
- Forschung für "freien Flussverkehr"
- EP-Bericht: Kurzstreckenseeverkehr
- Umsetzung der Biokraftstoff-Richtlinie

Wasser, Meere

- Menschenrecht auf Wasser bedroht
- Verbände zur Wasserrahmenrichtlinie
- EU-Wasserpolitik und Klimawandel
- Alte Einhüllentanker verboten
- Überfischung: Fische immer kleiner
- Aquakulturen infizieren Meeresfische

Service

- Veröffentlichungen, Termine, Informationsquellen

Sonderteil

- EUR-Sonderteil: Umweltverbände in Brüssel (separate Heftung)

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drj ("Bisherige Ausgaben").

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe "Weitere Informationen" unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbändedienst www.ngo-online.de.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drj

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Süd-politischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzing

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail
- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

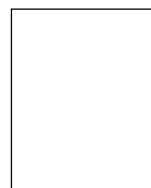
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)
- Zahlung per Bankeinzug**
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin